

Große Anfrage

der Abgeordneten Gilges, Frau Fuchs (Köln), Jaunich, Delorme, Fiebig, Hauck, Huonker, Lambinus, Frau Dr. Lepsius, Müller (Düsseldorf), Frau Schmidt (Nürnberg), Sielaff, Waltemathe, Witek, Wolfram (Recklinghausen), Dr. Vogel und der Fraktion der SPD

Situation der Jugend und der Jugendhilfe in der Bundesrepublik Deutschland

Die Lebenssituation junger Menschen in der Bundesrepublik Deutschland hat sich in den vergangenen Jahren trotz vielfältiger Anstrengungen in Politik und anderen gesellschaftlichen Bereichen zunehmend verschlechtert. Die bereits von der vom Deutschen Bundestag eingesetzten Enquete-Kommission „Jugendprotest im demokratischen Staat“ analysierten Probleme und Ursachen sind auch heute noch herausragende Merkmale jugendlicher Entwicklungsbedingungen.

Diese Ergebnisse wurden inzwischen von vielen Studien zur Lage der jungen Menschen und ihren Erziehungs- und Bildungsbedingungen bestätigt und weiterentwickelt. Alle Studien kommen zu der Feststellung, daß aufgrund herrschender Verhältnisse und der wirtschaftlichen, politischen und sozialen Probleme besonders junge Menschen in ihren Lebensplänen, Lebensentwürfen und Erwartungen an die Zukunft verunsichert sind und von der Politik die Sicherung einer dauerhaften Lebensperspektive erwarten.

Das Jahr 1985 wurde von den Vereinten Nationen zum „Internationalen Jahr der Jugend“ unter den Stichworten „Entwicklung, Partizipation, Frieden“ ausgerufen. Damit wurde, wie es auch in dem Auftrag der nationalen Kommission für die Bundesrepublik Deutschland hieß, auf den gesellschaftlichen Stellenwert, „den Jugend und die Notwendigkeit adäquater Erziehungs- und Bildungsbedingungen einnehmen“, hingewiesen.

Trotz vielfältiger Beteuerungen und politischer Absichtserklärungen des Bundeskanzlers und der Bundesregierung, ihre Hauptaufgabe sei die Sicherung der Zukunft junger Menschen, hat sich an der tatsächlichen Situation und den materiellen und sozialen Problemen der jungen Menschen in der Bundesrepublik Deutschland in den vergangenen Jahren wenig geändert.

Eine Folge der wachsenden Probleme ist die zunehmende Abwendung vom Staat und den ihn tragenden Parteien. Junge Menschen glauben längst nicht mehr, daß dieses politische

System in der Lage ist, ihnen eine angemessene und aussichtsreiche Lebensperspektive zu sichern.

Der Bestand unserer Demokratie hängt aber entscheidend von der Integration der jungen Menschen in Staat und Gesellschaft ab. Daher darf nicht Ausgrenzung, sondern muß Berücksichtigung der Interessen junger Menschen das Gebot aktueller Politik sein.

Leider wurde im Internationalen Jahr der Jugend 1985 von der Bundesregierung die Chance, die politische Diskussion über die Lage der jungen Menschen erneut zu beleben, vertan. Die SPD-Bundestagsfraktion erwartet deshalb von der Bundesregierung, sich endlich ihrer Verantwortung für die Bewältigung der drängenden Probleme junger Menschen und für die Einleitung grundlegender Strukturreformen zu stellen.

Eine besondere Aufgabe in der Erziehung und Bildung junger Menschen kommt in diesem Zusammenhang der Jugendhilfe zu. Sie ist der Bereich, in dem viele Probleme junger Menschen erstmals sichtbar werden und die sich durch ihre vielfältigen Angebote der freien und öffentlichen Träger der Jugendverbände, der Wohlfahrtsverbände und der kommunalen Jugendämter bemüht, sowohl junge Menschen im allgemeinen durch ihre Angebote und Leistungen zu fördern als auch diejenigen jungen Menschen, die einer besonderen Hilfe bedürfen, diese zu gewähren. Die SPD-Bundestagsfraktion beobachtet mit Sorge die – insbesondere durch die Einschnitte der Bundesregierung in das soziale Netz – rückläufigen finanziellen Möglichkeiten für die Jugendhilfe und die sich daraus ergebenden negativen Konsequenzen für die Bemühungen der Jugendhilfe, Jugendliche in Staat und Gesellschaft zu integrieren und Eltern/Familien bei der Erziehung ihrer Kinder zu unterstützen.

Diese Große Anfrage widmet sich daher vorrangig der allgemeinen Lebenslage junger Menschen und der Situation der Jugendhilfe. Die Bereiche Bildung, Ausbildung, Arbeitswelt, Frieden und Umwelt haben bereits ihren Niederschlag in zahlreichen anderen parlamentarischen Initiativen der SPD-Bundestagsfraktion gefunden. Insoweit kann – obwohl gerade der Arbeitsbereich für die jungen Menschen nicht nur von existenzieller Bedeutung ist, sondern auch hinsichtlich ihrer Lebensperspektive als außerordentlich wichtig angesehen wird (Shell-Studie '85) – in dieser Anfrage darauf verzichtet werden. Mit der Konzentration auf Aspekte der Jugendhilfe versteht sich diese Anfrage als Ergänzung zu den bisher gestellten Anfragen.

Ihren politischen Stellenwert erhält diese Große Anfrage durch das zu Ende gegangene Internationale Jahr der Jugend 1985. Es erscheint uns notwendig, nach Ablauf dieses Jahres – soll es nicht nur ein Jubeljahr gewesen sein – sowohl eine Bestandsaufnahme zur Lebenslage junger Menschen zu machen als auch über Lösungsmöglichkeiten nachzudenken und die eigene Politik zu reflektieren. Unser Ziel ist es, über das Jahr 1985 hinaus die Verbesserung der Lebensqualität junger Menschen in den Vordergrund unserer Politik zu stellen.

Wir fragen daher die Bundesregierung:

Zur Situation junger Menschen

1. a) Wie viele junge Menschen im Alter von 14 bis 25 Jahren leben in der Bundesrepublik Deutschland
 - männlich 14 bis 18 Jahre,
18 bis 21 Jahre,
21 bis 25 Jahre,
 - weiblich 14 bis 18 Jahre,
18 bis 21 Jahre,
21 bis 25 Jahre?
- b) Wie viele dieser jungen Menschen leben jeweils
 - im Elternhaus,
 - in eigener Wohnung,
 - in eigener Familie,
 - in ehelicher Lebensgemeinschaft,
 - in nichtehelicher Lebensgemeinschaft,
 - in einer Wohngemeinschaft,
 - bei Pflege-/Adoptiveltern?
2. a) Liegen der Bundesregierung Zahlen darüber vor, wie hoch der Anteil der Eheschließungen bei jungen Menschen im Alter von
 - 16 bis 18 Jahren,
 - 18 bis 25 Jahren,nach dem 1. Januar 1984 ist?
- b) Wie viele Kinder wurden in diesen Familien wann geboren?
3. Wie beurteilt die Bundesregierung die materielle Situation junger Menschen in den jeweiligen Altersgruppen (Frage 1 Buchstabe a); über welche durchschnittlichen Einkünfte (1982, 1983 und 1984)
 - aus eigener Erwerbstätigkeit oder aus Ausbildungsvergütungen,
 - aus staatlichen Transferleistungen,
 - aus sonstigen Quellen (z. B. von Ehepartnern, Eltern etc.)konnten sie verfügen?
4. a) Wie viele junge Menschen erhielten in den Jahren 1982, 1983 und 1984 staatliche Transferleistungen nach
 - dem Bundessozialhilfegesetz (Hilfe zum Lebensunterhalt/Hilfe in besonderen Lebenslagen),
 - dem Arbeitsförderungsgesetz (Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe),
 - sonstigen Leistungen?
- b) Wie teilen sich diese nach den einzelnen Altersgruppen – Frage 1 Buchstabe a – auf?

- c) Wie hoch ist darunter der Anteil von Mädchen und jungen Frauen?
- d) Wie hoch ist die Zahl der jungen Menschen (männlich/weiblich), die trotz Arbeitslosigkeit – neben eventuellem Kindergeldanspruch der Eltern – keine staatlichen Transferleistungen erhielten?
- e) In welchem Umfang werden behinderte junge Menschen durch staatliche Leistungen unterstützt, welche Leistungen werden tatsächlich in Anspruch genommen, und in welchem Umfang werden sie auf die materielle Unterstützung durch die Familien verwiesen?

Zur Wohnsituation junger Menschen

- 5. Wie ist die Wohnsituation junger Menschen zwischen 14 und 21 Jahren, die noch im elterlichen Haushalt leben? Liegen Erkenntnisse über die Wohnraumsituation dieser Familien vor und darüber, wie viele junge Menschen über ein eigenes Zimmer verfügen?
- 6. Gibt es einen Zusammenhang zwischen dem Wunsch junger Menschen nach einer eigenen Wohnung und ihrer finanziellen Situation, und wenn ja, wie bewertet die Bundesregierung diesen Zusammenhang?
- 7. Ist die Bundesregierung bereit, die Bildung von Genossenschaften zur Selbsthilfe im Altbaubestand durch steuerrechtliche und förderungsrechtliche Maßnahmen zu unterstützen?
- 8. Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die Wohnungspolitik die Realisierung von Kinderwünschen gerade junger Familien behindert, und was gedenkt sie zur Verbesserung dieser Rahmenbedingungen für junge Familien zu tun?
- 9. Wie beurteilt die Bundesregierung die Entwicklung der Mietnebenkosten, der sogenannten „zweiten Miete“, in den letzten zehn Jahren, und welche Konsequenzen gedenkt sie daraus zu ziehen?
- 10. Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse darüber vor, in welchem Alter junge Menschen am häufigsten eigenen Wohnraum in bzw. außerhalb der elterlichen Wohnung beanspruchen, und wie hat sich dieser Wunsch in den letzten zehn Jahren, unterschieden nach Geschlechtszugehörigkeit und sozialer Schichtung, entwickelt?
- 11. Wie beurteilt die Bundesregierung die Wohnungssituation junger Menschen im Vergleich zwischen Großstädten, Kleinstädten und Gemeinden?

Jugend und Demokratie

- 12. a) Wie hat sich die Beteiligung der 18- bis 21jährigen (männlich/weiblich) an Wahlen auf kommunaler, Landes- und Bundesebene seit der Herabsetzung des Volljährigkeitsalters entwickelt?

- b) Wie hat sich die politische Einstellung junger Menschen nach Auffassung der Bundesregierung – gestützt auf wissenschaftliche Untersuchungen – im Vergleich von 1980 zu 1985 verändert, und zwar
- hinsichtlich ihrer Einstellung zu den im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien,
 - hinsichtlich der Problemlösungsfähigkeit der Politik,
 - hinsichtlich der sonstigen gesellschaftlichen Institutionen?
13. Hält die Bundesregierung die Möglichkeiten demokratischer Interessenvertretungen junger Menschen im Bereich der Bundeswehr und der Zivildiensteinrichtungen für ausreichend, und wie werden diese Möglichkeiten genutzt?
14. Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse darüber vor, daß Wehrdienstleistende bzw. Zivildienstleistende bei der Wahrnehmung dieser Interessen behindert werden bzw. ihnen dienstliche Nachteile entstehen?
15. a) Welche Beteiligungsmöglichkeiten haben junge Menschen in den Bundesländern durch gesetzlich eingerichtete Vertretungsorgane in den Schulen, und wie hoch ist die Beteiligung junger Menschen (männlich/weiblich)?
- b) Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse darüber vor, daß die Beteiligung junger Menschen an demokratischen Entscheidungen in der Schule nach Schularten unterschiedlich ist? Wenn ja, in welchen Schulen finden die Interessenvertretungsorgane junger Menschen welchen Zuspruch:
- Gesamtschule,
 - Hauptschule,
 - Realschule,
 - Gymnasium,
 - berufsbildende Schulen,
 - Sonderschulen?
16. Wie schätzt die Bundesregierung die Mitwirkungsmöglichkeiten junger Menschen in den einzelnen Bereichen der Jugendhilfe ein, und welchen Wert mißt sie den entsprechenden Beteiligungsmöglichkeiten zu?
17. Welche Bedeutung mißt die Bundesregierung den Jugendverbänden in der Organisation und der demokratischen Bewußtseinsbildung junger Menschen bei, und wie beurteilt sie die Auffassung, daß das Erlernen des politischen Handelns junger Menschen wesentliche Voraussetzung zur demokratischen Integration in unsere Gesellschaft ist?
18. Wie bewertet die Bundesregierung die Organisation junger Menschen und der damit verbundenen Interessenvertretung? Welche Möglichkeiten sieht sie, diese Organisation zu fördern und zu unterstützen?

19. a) Wie beurteilt die Bundesregierung die zunehmende Neigung junger Menschen, sich gewalttätigen Organisationen/Aktivitäten, vornehmlich solchen mit nationalistischem, rassistischem und ausländerfeindlichem Gedankengut anzuschließen?
- b) Gibt es einen Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft, Bildungsgrad, sozialer Lage und der Bereitschaft, sich diesen Organisationen anzuschließen?

Jugend und Freizeit

20. a) Wie stark wird die Beteiligung junger Menschen an sozialen und kulturellen Veranstaltungen durch ihre wirtschaftliche Situation bestimmt, und inwieweit spielen bildungsbedingte „Kulturbarrieren“ eine Rolle?
- b) Trifft es zu, daß sich das Freizeitverhalten in den letzten zehn Jahren verändert hat, und wenn ja, gibt es Zusammenhänge nach sozialer Herkunft?
- c) Wo liegen die Schwerpunkte der Freizeitaktivitäten junger Menschen heute, und wie beurteilt die Bundesregierung die Entwicklung des Freizeitverhaltens vor dem Hintergrund zunehmender Freizeit?
21. a) Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß das immer größer werdende Medienangebot erheblichen Einfluß auf das Freizeitverhalten junger Menschen hat, und wenn ja, welche besonderen Probleme resultieren daraus?
- b) Was gedenkt die Bundesregierung im Rahmen der Entwicklung neuer Medien durch eine qualitative Förderung von Filmprojekten/Filmserien zur Förderung junger Menschen zu tun, und welche Rolle nimmt in diesem Zusammenhang die Medienpädagogik und die Medienerziehung ein?
- c) Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die Neue Armut in der Bundesrepublik Deutschland bei einem großen Teil der Bevölkerung eine gleichberechtigte Beteiligung an Freizeitaktivitäten verhindert, und wenn ja, welche Lösungsmöglichkeiten sieht sie für die Betroffenen?

Jugend und Jugendhilfe

22. Welchen Stellenwert nimmt nach Auffassung der Bundesregierung die Jugendhilfe im allgemeinen und die Jugendarbeit/Jugendbildung im besonderen hinsichtlich der Integration der jungen Menschen in Staat und Gesellschaft ein? Wie beurteilt sie die Leistungen der Organisationen der Jugendhilfe?
23. Wie schätzt die Bundesregierung die Entwicklung der Förderung der außerschulischen Jugendarbeit in Bund, Ländern und Gemeinden ein und welche Schwerpunktsetzung findet im allgemeinen statt, und wie hoch sind die einzelnen Förderungsansätze?

24. Welchen Stellenwert hat das Arbeitsfeld Jugendpflege für die Bundesregierung?
25. Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß insbesondere die politische Bildung ein übergreifendes Prinzip der Jugendarbeit darstellt?
26. Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die Bildung von Stiftungen für den Bereich der Förderung der Jugendarbeit einer sinnvollen Anwendung des Jugendwohlfahrtsgesetzes nicht entspricht und damit die Förderungskompetenz der parlamentarischen Gremien umgangen wird?
27. Welche Bedeutung mißt die Bundesregierung dem Bundesjugendplan in der öffentlichen Förderung der Jugendarbeit zu und welche weiteren Perspektiven plant sie?
28. Welchen Stellenwert hat der Pluralismus der Träger der Jugendarbeit für die Bundesregierung und was gedenkt sie zu tun, diesen Pluralismus zu fördern und zu sichern?
29. Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß neben der organisierten Jugendarbeit die offene Jugendarbeit ein Schwerpunkt der Jugendförderung sein muß und wenn ja, welche Förderungsmöglichkeiten sieht sie?
 - a) Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse über die Zahl der im Bereich der Jugendarbeit vorhandenen Einrichtungen vor, und zwar unterteilt nach
 - Jugendfreizeitheimen/Jugendzentren,
 - Häusern der offenen Tür/Häusern der teiloffenen Tür,
 - sonstigen Einrichtungen (Jugendclubräume etc)?
 - b) Teilt die Bundesregierung unsere Auffassung, daß eine fachlich fundierte Jugendarbeit eine entsprechende personelle Ausstattung haben muß, und wenn ja, wie ist die Situation in den einzelnen Bundesländern und hält sie deren Personalentwicklung für ausreichend?
 - c) Welche Bedeutung hat das ehrenamtliche Element, insbesondere im Bereich der außerschulischen Jugendarbeit für die Bundesregierung, und welche Möglichkeiten sieht sie, diese ehrenamtliche Tätigkeit angemessen zu fördern?
30. a) Wie beurteilt die Bundesregierung die Bedeutung internationaler Jugendbegegnungen für die Friedenssicherung und Völkerverständigung?

Wie hoch ist die Zahl der Jugendbegegnungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und

 - Industrieländern der westlichen Welt,
 - osteuropäischen Ländern und der Sowjetunion,
 - Ländern der Dritten Welt?
- b) Wie viele junge Menschen haben im Jahr 1984 an diesen Begegnungen teilgenommen,
 - männlich,

- weiblich,
 - ausländische Teilnehmer in der Bundesrepublik Deutschland,
 - Teilnehmer aus der Bundesrepublik Deutschland in anderen Ländern?
- c) Welche Förderungsmittel standen für welche Begegnungen zur Verfügung?
31. Wie hoch ist die Zahl der Jugendbegegnungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR und wie viele junge Menschen haben daran teilgenommen,
- männlich,
 - weiblich,
 - Teilnehmer aus der DDR in der Bundesrepublik Deutschland,
 - Teilnehmer aus der Bundesrepublik Deutschland in der DDR und welche Förderungsmittel standen für diese Begegnungen zur Verfügung?
32. a) Verfügt die Bundesregierung über exakte Daten zur Entwicklung der Jugendsozialarbeit und wenn ja, wie viele junge Menschen (männlich/weiblich) haben im Jahre 1984 an Maßnahmen teilgenommen?
- b) Welche Bedeutung hat die Jugendsozialarbeit für die berufliche Ausbildung und die anschließende Eingliederung ins Arbeitsleben?
- c) Welche Bedeutung kommt dem Benachteiligungsprogramm der Bundesregierung in Zukunft zu, und gedenkt sie eine gesetzliche Regelförderung aus dem Benachteiligungsprogramm zu machen?
33. Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß aufgrund der zunehmenden Probleme junger Menschen die Lebensberatung für sie und ihre Familien eine besondere Funktion einnimmt, und wenn ja, beabsichtigt sie – mit welchen Instrumenten –, das bestehende Angebot zu verbessern und auszuweiten?
34. a) Wie schätzt die Bundesregierung den Stellenwert der erzieherischen Hilfen im Rahmen der Jugendhilfe und der Familienförderung ein und welche Perspektiven im gesetzlichen Bereich hat sie, um zu einer Stärkung der Fachlichkeit in der Jugendhilfe zu kommen?
- b) Welchen Stellenwert nimmt in der Jugendpolitik der Bundesregierung die Sicherstellung ambulanter, teilstationärer und stationärer erzieherischer Hilfen ein?
- c) Welche Bedeutung mißt die Bundesregierung diesen Hilfen im Rahmen der vorbeugenden Funktion von Jugendhilfe bei und was gedenkt sie zu tun, die Fachlichkeit dieser Einrichtungen zu gewährleisten und welche Prioritäten will sie dabei setzen?

35. Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, die Einbeziehung Heranwachsender in die Jugendhilfe rechtlich abzusichern?
36. a) Wie beurteilt die Bundesregierung die Situation behinderter junger Menschen in der Bundesrepublik Deutschland, und teilt sie die Auffassung, daß insbesondere bei seelisch behinderten jungen Menschen die Zuständigkeit der Jugendhilfe sichergestellt sein muß, damit ausreichende sozialpädagogische Angebote in Anspruch genommen werden können?
- b) Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, das Zusammenleben von behinderten und nicht behinderten jungen Menschen in allen Lebensbereichen zu fördern und welche Anstrengungen unternimmt sie, um die gesellschaftliche Sensibilität für die Bedürfnisse Behinderter in der Bundesrepublik Deutschland zu erhöhen?
37. a) Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß Jugendrichter und Jugendstaatsanwälte auf ein ausreichendes Angebot an erzieherischen Hilfen zurückgreifen können, so daß diesen Hilfen ein Vorrang gegenüber Jugendstrafen eingeräumt werden könnte?
- b) Sind der Bundesregierung unterschiedliche Prioritäten – erzieherischer Hilfen/Jugendstrafen – in den einzelnen Bundesländern bekannt, und wenn ja, wie unterscheidet sich die Rechtsprechung zwischen den Bundesländern?
- c) Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, Alternativen zum Jugendstrafvollzug zu fördern und auszuweiten?
38. Wie beurteilt die Bundesregierung die Notwendigkeit einer grundlegenden Reform der Jugendhilfe und welche Chancen sieht sie für ein neues Jugendhilferecht, mindestens auf dem Niveau der 1980 vom Deutschen Bundestag verabschiedeten und am Bundesrat gescheiterten Jugendhilfrechtsreform?

Situation ausländischer junger Menschen

39. Wie hoch ist der Anteil der in der Bundesrepublik Deutschland lebenden jungen Ausländer (Angaben in absoluten und Prozentzahlen, aufgegliedert nach den Altersgruppen 14 bis 17, 18 bis 20, 21 bis 25 Jahre und Nationalitäten der klassischen Anwerbeländer Italien, Jugoslawien, Griechenland, Spanien, Portugal, Türkei und „sonstige Ausländergruppen“), und wie lange halten sie sich in der Bundesrepublik Deutschland auf?
40. a) Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung darüber vor, wie junge Ausländer ihre Freizeit verbringen?
- b) Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die soziale Integration ausländischer Jugendlicher, wenn überhaupt nur in informellen Lernbereichen wie Wohnumfeld, Clique u.ä. stattfindet?

- c) Wie schätzt die Bundesregierung die Bereitschaft ausländischer junger Menschen ein, sich in deutschen Jugend-, Sport- und anderen Verbänden zu betätigen, und welche Möglichkeiten sieht sie, diese Verbände bei ihrem Bemühen um die Integration ausländischer junger Menschen in ihrer Arbeit verstärkt zu fördern?
41. Welche Konsequenzen müssen nach Auffassung der Bundesregierung aus der zunehmenden „Ghettoisierung“ junger Ausländer und ihrer Familien im Hinblick auf eine ausreichende soziokulturelle und sozialpädagogische Versorgung dieser Wohnbereiche gezogen werden?
42. Wie beurteilt die Bundesregierung die Lebenssituation der Kinder von Asylbewerbern, und sind hier regional auffallende Unterschiede festzustellen?

Bonn, den 29. Januar 1986

Gilges

Frau Fuchs (Köln)

Jaunich

Delorme

Fiebig

Hauck

Huonker

Lambinus

Frau Dr. Lepsius

Müller (Düsseldorf)

Frau Schmidt (Nürnberg)

Sielaff

Waltemathe

Witek

Wolfram (Recklinghausen)

Dr. Vogel und Fraktion

